



33. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungstermin: Donnerstag, 19.01.2012, 16:30 Uhr
Ort, Raum: Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str.
79/81

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.12.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen des Jugendamtes
- 3 Berichte der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - Haushalt 2012
 - 4.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012
11/SVV/0906 Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
 - 4.2 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013
11/SVV/0907 Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
 - 4.3 Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015
11/SVV/0948 Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
 - 4.4 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012
11/SVV/0949 Oberbürgermeister, KIS
 - 4.5 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 7 - Besserer Betreuungsschlüssel für Kitas
11/SVV/0821 Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.6 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 10 - Kostenloser Nahverkehr bei Ausflügen von Schulen und Kitas
11/SVV/0824 Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

- | | | |
|-----|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------|
| 4.7 | Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten
11/SVV/0825 | Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung |
| 4.8 | Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 21 - 'Westkurve' als Begegnungsort an der Hans-Sachs-Straße planen
11/SVV/0835 | Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung |
| 5 | Themenvorschläge für die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses
1. Halbjahr 2012 | |
| 6 | Anträge | |
| 6.1 | "clubmitte" - Handlungskonzept 2012
12/SVV/0006 | Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie |
| 7 | Sonstiges | |



Niederschrift

33. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 19.01.2012
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	20:00 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	Sitzungsleitung
------------------------	-----------	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	
Herr Claus Wartenberg	SPD	ab 17:00 Uhr
Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU	ab 16:38 Uhr
Frau Frauke Frehse-Sevran	anerkannter freier Träger	
Frau Heiderose Gerber	anerkannter freier Träger	
Herr Dirk Harder	anerkannter freier Träger	ab 16:35 Uhr
Herr Dr. Lutz Henrich	anerkannter freier Träger	bis 19:40 Uhr
Herr Marcel Kankarowitsch	anerkannter freier Träger	
Herr Thomas Liebe	anerkannter freier Träger	
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Kevin Lücke	FDP	

beratende Mitglieder

Frau Karola Linke	Gesundheitsamt	
Frau Martina Trauth-Koschnik	Gleichstellungsbeauftragte	
Herr Roland Sima	Kreiselternrat	

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesundheit	
---------------------------------	----------------------------------------------	--

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Jens Gruschka	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Birgit Morgenroth	SPD	entschuldigt
Frau Jutta Busch	SPD	nicht entschuldigt

beratende Mitglieder

Herr Christoph Dährnich	Kath. Kirche	nicht entschuldigt
Frau Renate Michael	Polizeibehörde	entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsportbund	entschuldigt
Frau Christiane Ohlert	Schulamt	entschuldigt
Frau Ganna Razu	Jüd. Gemeinde	nicht entschuldigt
Herr Norbert Schweers		entschuldigt
Herr Jochen Reinke	Evangelische Kirche	nicht entschuldigt
Herr David Driese	Humanistischer Verband Deutschlands	nicht entschuldigt

Gäste:

Herr Joachim Lentz	FB Kinder, Jugend und Familie
Herr Bodo Ströber	stellv. Mitglied des JHA
Frau Helga Hübner	stellv. Mitglied des JHA
Frau Stephanie Pigorsch	Stadtjugendring Potsdam
Frau Cornelia Lunk	„clubmitte“
Frau Silvia Haßmann-Vey	AG Kita nach § 78 SGB VIII
Herr Tinko Jäckel	AKKJ
Herr Bernd Richter	Kommunaler Immobilien Service
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.12.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen des Jugendamtes
- 3 Berichte der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4 Anträge
 - 4.1 "clubmitte" - Handlungskonzept 2012
Vorlage: 12/SVV/0006
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - Haushalt 2012
 - 5.1 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012
Vorlage: 11/SVV/0949
Oberbürgermeister, KIS
 - 5.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: 11/SVV/0906
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
 - 5.3 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013
Vorlage: 11/SVV/0907
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
 - 5.4 Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015
Vorlage: 11/SVV/0948
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
 - 5.5 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 7 - Besserer Betreuungsschlüssel für Kitas
Vorlage: 11/SVV/0821
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
 - 5.6 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 10 - Kostenloser Nahverkehr bei Ausflügen von Schulen und Kitas
Vorlage: 11/SVV/0824
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
 - 5.7 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten
Vorlage: 11/SVV/0825
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

- 5.8 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 21
- 'Westkurve' als Begegnungsort an der Hans-Sachs-Straße planen
Vorlage: 11/SVV/0835
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 6 Themenvorschläge für die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses
1. Halbjahr 2012
- 7 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Sigrid Müller.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.12.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Müller stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Abstimmung zur Niederschrift vom 15.12.2011

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0

Abstimmung zur Tagesordnung:

Frau Dr. Müller schlägt vor, den TOP 6.1, Handlungskonzept 2012 - "clubmitte" (DS 12/SVV/0006) vorzuziehen und nach Tagesordnungspunkt 3 zu behandeln. Des Weiteren hat der Kommunale Immobilienservice darum gebeten, die DS 11/SVV/0949 „Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012“ vorzuziehen und als ersten Tagesordnungspunkt zum Haushalt 2012 zu behandeln.

Sie bittet um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10
Ablehnung: 0

zu 2 Informationen des Jugendamtes

Kinderforum

Frau Pigorsch (Stadtjugendring Potsdam) informiert über das 5. Potsdamer Kinderforum, das am 17.01.2012 im Plenarsaal des Stadthauses stattgefunden hat. Fast 90 Kinder sowie Vertreter der Verwaltung haben am Kinderforum teilgenommen. Sie gibt anhand von Fotos einen Überblick über die Veranstaltung. Im Vorfeld des nächsten Forum soll geprüft werden, wie viele Vereinbarungen auf dem 5. Kinderforum getroffen und welche davon umgesetzt sind.

Frau Dr. Müller dankt Frau Pigorsch und Frau Neels für die gute Vorbereitung der aus ihrer Sicht sehr gelungenen Veranstaltung.

Herr Otto findet, dass das Kinderforum eine sehr gute Form der Beteiligung von Kindern darstellt.

Frau Müller-Preinesberger fand die Veranstaltung ebenfalls sehr gelungen. Sie fragt, ob es von Seiten der Kinder bereits Rückmeldungen gab, wie diese die Veranstaltung erlebt haben.

Frau Pigorsch erklärt, dass die Rückmeldungen, die sie bisher bekommen hat, durchweg positiv waren. Es wird aber noch eine Abfrage geben. Es ist auch geplant, eine Rückmeldung an die Verwaltung zu geben.

Herr Dr. Henrich bietet an, wenn Ideen der Kinder zur Schwimmhalle zusammengestellt werden würden, diese mit in die Schwimmbad-Diskussion einzubringen.

zu 3 Berichte der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

Regional AG 1

Herr Liebe teilt mit, dass die Regional AG 1 Kritik am Stillstand des Projektes „Montelino“ übt. Er bittet dazu um eine Information in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Herr Liebe informiert über die Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung vom 10.01.2012.

Er dankt dem „freiLand“-Team für die sehr gelungene JHA-Sitzung am 15.12.2011 auf dem „freiLand“-Gelände.

Anschließend informiert er, dass wie verabredet, ein Angebot an alle Fraktionen zur Erörterung der Kita-Finanzierungsrichtlinie per E-Mail gesandt wurde. Die Fraktionen DIE LINKE und SPD haben sofort inhaltlich geantwortet. Die Fraktion DIE LINKE hat eine ausführliche schriftliche Stellungnahme abgegeben, dass das Anliegen des Jugendhilfeausschusses unterstützt wird. Mit der Geschäftsführerin der FDP-Fraktion hat es am 11.01.2012 ein telefonisches Gespräch gegeben. In der SPD-Fraktion waren Herr Liebe und Frau Stobbe. Ein Feedback konnte nicht mitgenommen werden.

Der Unterausschuss hat einen Verfahrensvorschlag zur weiteren Entwicklung des Systems Sozialarbeit an Schulen/Schulsozialarbeit erarbeitet, der an alle JHA-

Mitglieder als Tischvorlage ausgereicht wurde. Herr Liebe erläutert kurz das vorliegende Papier.

In der nächsten Sitzung des Unterausschusses soll ein Gedankenaustausch zur Partizipation erfolgen.

Herr Lücke signalisiert, dass die FDP-Fraktion zur Kita-Finanzierungsrichtlinie ein positives Votum abgegeben wird.

Herr Otto nimmt Bezug auf den ausgereichten Verfahrensvorschlag zur weiteren Entwicklung des Systems Sozialarbeit an Schulen und gibt zu bedenken, ob es sinnvoll ist, zwei getrennte Workshops (Schule und Jugendhilfe) zur Klärung der Ziele und Möglichkeiten durchzuführen.

Frau Schulze unterstützt den Vorschlag des Unterausschusses. Sie bittet den Unterausschuss, schnell die Finanzierung der externen Moderation zu klären, da diese nicht ausschließlich aus dem Jugendhilfebereich erfolgen soll.

Frau Müller-Preinesberger fragt, ob der Bereich Schule den vorliegenden Vorschlag des Unterausschusses kennt.

Herr Liebe verneint dies.

Frau Müller-Preinesberger spricht sich dafür aus, dem Vorschlag des Unterausschusses zu folgen, damit dies auch von beiden Systempartnern getragen wird. Es sollte dann auch finanziell von beiden Partnern getragen werden.

Herr Ströber fragt, ob es sinnvoll ist, das MBS und die Fachhochschule einzubinden. Auch Frau Dr. Magdowski sollte dafür sensibilisiert werden.

Herr Harder regt an, auch den Kreisschülerrat einzubeziehen.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass bereits angedacht war, den Kreisschülerrat einzubeziehen. Dies ist aber schwierig, aufgrund der relativ schnellen Rotation der Mitglieder.

Frau Müller-Preinesberger bietet an, den Verfahrensvorschlag mit Frau Dr. Magdowski zu besprechen. Frau Dr. Müller sollte sich diesbezüglich mit Herrn Schröder als Vorsitzenden des Ausschusses für Bildung und Sport in Verbindung zu setzen.

Der Kontakt zum Staatlichen Schulamt sollte gemeinsam durch Frau Müller-Preinesberger und Frau Dr. Magdowski aufgenommen werden.

AKKJ

Frau Lunk weist darauf hin, dass die Homepage des AKKJ (<http://www.akkj-potsdam.de/>) jetzt fertig gestellt ist und am 26.01.2012; 11:00 Uhr im Jugendamt, Zimmer 318 vorgestellt wird. Außerdem wurde ein Flyer entwickelt, der an Multiplikatoren ausgereicht werden soll.

AG Kita

Frau Haßmann-Vey informiert, dass die Arbeit der AG Kita heute aufgenommen wurde. Die Kita-Finanzierungsrichtlinie wurde beraten. Zur Sprachförderung in Kitas wird Ende Februar 2012 eine Auswertung erfolgen, die dann dem JHA vorgestellt werden soll.

zu 4 Anträge

zu 4.1 "clubmitte" - Handlungskonzept 2012

Vorlage: 12/SVV/0006

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Frau Lunk („clubmitte“) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung in Trägerschaft der Stiftung Sozialpädagogisches Institut (SPI) vor und macht dabei deutlich, dass die „clubmitte“ kein Nachfolger des geschlossenen „S 13“-Klubs in der Schloßstraße ist. Hierbei handelt es sich um einen konzeptionellen Neuanfang mit Experimentalcharakter. Anschließend stellt sie anhand von Eckpunkten das Handlungskonzept sowie die Angebote vor.

Herr Otto fragt, ob auch aufsuchende Arbeit in Richtung Hauptbahnhof erfolgen soll. Er fragt, ob überlegt wird, ein Skater-Zelt auf dem „freiLand“-Gelände einzurichten:

Frau Lunk erklärt, dass die Asphaltfläche auf dem Gelände nicht so geschaffen ist, dass dort eine Skaterfläche eingerichtet werden könnte. Es werden aber auch weiterhin Skater-Projekte auf dem Bassinplatz angeboten. In Kooperation mit den Streetworkern ist auch geplant, in Richtung Hauptbahnhof oder Freundschaftsinsel bzw. Bassinplatz zu gehen.

Herr Liebe fragt, ob es im ehrenamtlichen Team auch männliche Unterstützung gibt.

Frau Lunk antwortet darauf, dass der Skater-Bereich und der Graffiti-Bereich fast ausschließlich durch Jungen und junge Männer besetzt sind. Hier wird auf ältere Jugendliche aus den jeweiligen Sparten zurückgegriffen.

Herr Ströber fragt, ob den Schulen Kosten entstehen, wenn dort Projekte durchgeführt werden.

Frau Lunk weist darauf hin, dass dies während der Arbeitszeit erfolgt, und damit keine weiteren Kosten entstehen. Bei größeren Projekten wird dann jeweils geprüft, wie die Finanzierung erfolgen soll.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

1. Handlungskonzept für die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung „clubmitte“ im Jahre 2012 (gem. **Anlage**).
2. Über den Umsetzungsstand und die -perspektiven des „clubmitte“-Konzeptes am freiLand-Standort erfolgt Ende 2012 eine Sachberichterstattung des Einrichtungsträgers an sowie eine Entscheidung durch den Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11
Ablehnung: 0

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - Haushalt 2012

zu 5.1 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012 Vorlage: 11/SVV/0949

Oberbürgermeister, KIS

Herr Richter (KIS) bringt die Drucksache ein und erläutert diese. Er weist darauf hin, dass es keine wesentlichen Änderungen gibt. Die Investitionen für Jugendklubs wurden in Abstimmung mit dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie von 800.000 Euro auf 400.000 Euro gekürzt. Davon waren ursprünglich 300.000 Euro für die Sanierung des Jugendklubs „Ribbecke“ eingeplant. Diese werden aufgrund des Neubaus durch den Entwicklungsträger im Bornstedter Feld dafür nicht mehr benötigt und sollen für die Sanierung des „Archivs“ eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang verweist er auf den Beschluss der StVV zum Erhalt des „Archivs“.

Herr Liebe kritisiert die Kürzung und fragt, ob es keine andere Möglichkeit der Finanzierung der Sanierung des „Archivs“ gab.

Herr Lenz erklärt, dass es keine andere Alternative gibt, um die Maßnahme fertigzustellen.

Frau Dr. Müller betont, dass der Erhalt des „Archivs“ aus ihrer Sicht sehr wichtig ist. Sie macht aber deutlich, dass es sich hier nicht um eine Jugendeinrichtung handelt. Die Erhaltung des „Archivs“ sollte nicht auf Kosten der Jugendklubs erfolgen.

Frau Müller-Preinesberger stellt richtig, dass sich die Verwaltung auch für die Investitionen in die Jugendklubs stark macht. Hierbei handelt es sich um Mittel, die für die Sanierung des „Ribbecke“ eingeplant waren und aufgrund des Neubaus im Bornstedter Feld nicht benötigt werden. Sie macht auch deutlich, dass Soziokultur ist nach wie vor nicht klar dem Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport zugeordnet ist. Um den Beschluss zum Erhalt des „Archivs“ umzusetzen, wurde diese Lösung gefunden.

Herr Richter weist darauf hin, dass der Entwicklungsträger Bornstedter Feld den Jugendklub im Bornstedter Feld baut und finanziert.

Herr Ströber bittet, dass dann auch z.B. vor dem Ausschuss für Bildung und Sport sowie dem Kulturausschuss kommuniziert wird, dass dies der Anteil des Jugendamtes zum Erhalt des „Archivs“ ist.

Herr Kankarowitsch macht darauf aufmerksam, dass einige Sanierungsmaßnahmen von Kindertagesstätten in Trägerschaft des Diakonischen Werkes Potsdam nicht im Wirtschaftsplan enthalten sind. Z.B. bei der Kita im Hubertusdamm ist nicht die Summe ausgewiesen, die für die Maßnahme erforderlich ist.

Herr Richter weist darauf hin, dass die offenen Investitionen in einer gesonderten Drucksache dargestellt sind und nicht im Wirtschaftsplan aufgeführt wurden.

Herr Liebe betont, dass er die Sanierung des „Archivs“ durchaus unterstützt. Er äußert aber die Befürchtungen, dass die Mittel ggf. nicht zur Verfügung stehen, wenn im Kita-Bereich oder einem der Jugendklubs für fehlenden Brandschutz oder andere Maßnahmen Mittel benötigt werden.

Herr Richter macht deutlich, dass der bauliche Zustand der Jugendklubs nicht der ist, den sich alle Beteiligten wünschen. Insofern hat man sich auf bestimmte Prioritäten geeinigt.

Frau Dr. Müller fragt, was geschieht, wenn die Schließung eines Jugendklubs droht.

Herr Richter erklärt, dass dann zu Lasten anderer Maßnahmen eine Lösung gefunden werden muss.

Frau Müller-Preinesberger ergänzt, dass die Mittel für Investitionen nur sehr gering sind, was dazu führt, dass es Verschiebungen geben kann. Dies ist so im Zusammenhang mit dem „Ribbeckeck“ und dem „Archiv“ innerhalb der Verwaltung kommuniziert und erfolgt.

Diese Mittel werden nicht bei anderen Jugendklubs eingespart, sondern werden für die Sanierung des „Ribbeckecks“ nicht mehr benötigt.

Herr Otto fragt, wie mit der vorliegenden Drucksache umgegangen werden soll.

Frau Dr. Müller regt an, sich darüber zu verständigen, ob in einem haushaltsbegleitenden Beschluss der Oberbürgermeister aufgefordert werden soll, die Realisierung der Sanierung der Jugendklubs bis zu einem zu vereinbarenden Termin vorzustellen.

Herr Richter erklärt sich bereit, dies im März 2012 dem Jugendhilfeausschuss auch ohne Beschluss vorzustellen.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2012.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

Dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012 für den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie wird zugestimmt.

zu 5.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012

Vorlage: 11/SVV/0906

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Frau Dr. Müller informiert, dass darum gebeten wird, die Voten zum Haushalt bis zum 08.02.2012 an den Servicebereich Finanzen und Berichtswesen zu geben, da diese mit den Unterlagen zur Februar-Sitzung des Finanzausschusses ausgerichtet werden sollen. Sie schlägt vor, in der heutigen Sitzung über die Haushaltsdrucksachen abzustimmen, da sonst eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses zum Haushalt 2012 erforderlich wäre.

Sie dankt Herrn Lenz und den Mitarbeiterinnen seines Bereichs für die sehr übersichtliche Aufbereitung der Haushaltsunterlagen.

Herr Lenz gibt anhand einer Folie einen Überblick über die Produkte des FB Kinder, Jugend und Familie sowie die beiden Deckungskreise und gibt Erläuterun-

gen dazu. Anschließend geht er auf den Investitionshaushalt ein und erläutert diesen.

Herr Kankarowitsch merkt an, dass der kommunale Zuschuss pro Tagespflegeplatz und Jahr 6.579,90 Euro beträgt. Der kommunale Zuschuss pro Platz und Jahr für Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft beträgt 4.785 Euro. Er stellt fest, dass der kommunale Zuschuss für einen Kita-Platz nur zwei Drittel eines Tagespflegeplatzes beträgt.

Herr Lenz kann dazu spontan keine Antwort geben. Es gab bereits an anderen Beispielen Unstimmigkeiten, die derzeit geprüft werden, er selbst zweifelt diese Aussage an, da dies nicht dem entspricht, was dafür ausgegeben wird.

Des Weiteren verweist Herr Kankarowitsch auf das Produkt Adoptionsvermittlung. Hier gibt es bei der Produktbeschreibung einen Kostendeckungsgrad der Kennzahlen von 197 %. Damit wird mehr eingenommen als ausgegeben.

Herr Lenz merkt an, dass die zentrale Kostenleistungsrechnung dies erstellt hat. Er sagt zu, zu prüfen, wo diese Fehler liegen. Entscheidend ist, was im Haushalt zur Verfügung steht.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass ein gewisser Zuwachs an Fällen geplant wird. Die Kennzahl muss daraufhin erarbeitet werden. Sie bittet, sich darauf zu orientieren, was im Haushalt eingestellt ist und nicht vordergründig an Kennzahlen.

Bei der Planung muss von Erfahrungswerten umgegangen werden. Die Entwicklung der Kennzahlen durch die Kämmerei ist für sie nicht nachvollziehbar. Sie wird dies an die Kämmerei herantragen.

Herr Otto verweist auf die Steigerung der Zahl der Kinder um 4 %. Dagegen steht eine Steigerung von 2,6 % bei den Kosten.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass die Erarbeitung der Kita-Finanzierungsrichtlinie im Haushaltsplan enthalten ist.

Sie teilt mit, dass der Kämmerer sie beauftragt hat den Jugendhilfeausschuss zu informieren, dass seine Auffassung aus dem Finanzausschuss 14.12.2011 zur Kita-Finanzierungsrichtlinie so nicht gemeint war. Man wollte nicht hinter die Beschlusslage zurückgehen, die bereits mit dem Haushalt 2011 beschlossen wurde. Er wird in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses vorschlagen, dass der Finanzausschuss im Rahmen der Haushaltsabstimmung die Kita-Finanzierungsrichtlinie in der bisher gültigen Fassung inklusive Vesper und Frühstück sowie Qualitätsparameter Stufe 1 (Eingewöhnung) zum Beschluss empfiehlt.

Frau Frehse-Sevran fragt, ob sie mit Zustimmung des Haushaltes 2012 der Kita-Finanzierungsrichtlinie widersprechen würde.

Frau Müller-Preinesberger schlägt vor, einen haushaltsbegleitenden Beschluss zu fassen.

Herr Liebe gibt zu bedenken, dass der Jugendhilfeausschuss in der Pflicht wäre, die Kappungsgrenze in der Elternbeitragsordnung für Tagespflege aufzuheben, um für Tagespflege die Erlöse zu erhöhen.

Frau Müller-Preinsberger macht deutlich, dass mit Beschluss der Haushaltssat-

zung nicht die Kita-Finanzierungsrichtlinie beschlossen wird. Zum Thema Kita-Finanzierungsrichtlinie sollte der Jugendhilfeausschuss eine klare Position beziehen.

Sie warnt davor, die Elternbeitragsordnung anzupassen. Aus ihrer Sicht ist das gestaffelte System der Elternbeitragsordnung relativ gerecht. Nur allein der Teilbereich Tagespflege kann durch die Verwaltung nicht angepasst werden. Hierzu müsste ein Beschluss der StVV herbei geführt werden.

Herr Otto schlägt vor, den Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom November 2011 zur Kita-Finanzierungsrichtlinie zu bekräftigen.

Frau Dr. Müller empfiehlt, dass der Jugendhilfeausschuss bei der Maximalforderung bezüglich der Qualitätsparameter bleiben sollte.

Sie schlägt vor, den Beschluss zur Kita-Finanzierungsrichtlinie als haushaltsbegleitenden Beschluss zu fassen.

Ergänzungsantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge als Finanzierungsregelung für die Kitas in der Landeshauptstadt Potsdam für 2012 beschließen:

1. eine Beibehaltung der bestehenden Richtlinie unter Einbeziehung der Finanzierung der Qualitätsparameter
 - Eingewöhnungspauschale in Höhe von 150,00 Euro pro Kind
 - Leitungspauschale von 10 % pro pädagogische Leitungsfreistellung
 - spezialfachliche Fortbildung des päd. Personals
2. die Einführung der zusätzlichen Finanzierung für die Versorgungsleistungen Frühstück und Vesper in Höhe von 75,00 EUR pro Kind und Jahr insgesamt gemäß Kitagesetz des Landes Brandenburg.
3. Für das Jahr 2013 ff. soll im Jahr 2012 eine völlig neue Richtlinie erarbeitet und verhandelt werden. Ziel dabei soll es sein, eine differenzierte Festbetragsfinanzierung je Leistung zu erlangen und somit Planungssicherheit für die Landeshauptstadt Potsdam wie für die Träger herzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11
Ablehnung: 0

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012 mit Haushaltsplan und Anlagen wird beschlossen. Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

+ Ergänzungsantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge als Finanzierungsregelung für die Kitas in der Landeshauptstadt Potsdam für 2012 beschließen:

1. eine Beibehaltung der bestehenden Richtlinie unter Einbeziehung der Finanzierung der Qualitätsparameter
 - Eingewöhnungspauschale in Höhe von 150,00 Euro pro Kind
 - Leitungspauschale von 10 % pro pädagogische Leitungsfreistellung
 - spezialfachliche Fortbildung des päd. Personals
2. die Einführung der zusätzlichen Finanzierung für die Versorgungsleistungen Frühstück und Vesper in Höhe von 75,00 EUR pro Kind und Jahr insgesamt gemäß Kitagesetz des Landes Brandenburg.
3. Für das Jahr 2013 ff. soll im Jahr 2012 eine völlig neue Richtlinie erarbei-

tet und verhandelt werden. Ziel dabei soll es sein, eine differenzierte Festbetragsfinanzierung je Leistung zu erlangen und somit Planungssicherheit für die Landeshauptstadt Potsdam wie für die Träger herzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Dem so ergänzten Haushalt 2012 für den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie wird zugestimmt.

zu 5.3 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013

Vorlage: 11/SVV/0907

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Frau Dr. Müller schlägt vor, den Eckwertebeschluss lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.4 Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015

Vorlage: 11/SVV/0948

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Herr Lentz (FB Kinder, Jugend und Familie) weist darauf hin, dass im HSK vier Vorschläge den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie betreffen. Diese Vorgaben werden bearbeitet und befinden sich in der Umsetzung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Das Haushaltssicherungskonzept 2012 – 2015 als Bestandteil des Haushaltsplanes 2012.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Dem Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015 für den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie wird zugestimmt.

zu 5.5 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 7 - Besserer Betreuungsschlüssel für Kitas

Vorlage: 11/SVV/0821

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Herr Otto regt an, den Antrag zum Anlass zu nehmen und erneut an das Land heranzutreten.

Frau Dr. Müller schlägt vor, deutlich zu machen, dass der Jugendhilfeausschuss den Vorschlag begrüßt, ihn aber wegen Nichtzuständigkeit der LHP zurückweisen muss.

Herr Kankarowitsch macht deutlich, dass eine freiwillige Finanzierung der Erhöhung des Betreuungsschlüssels durch die LHP oder auch durch die Eltern erfolgen kann.

Frau Müller-Preinesberger macht darauf aufmerksam, dass laut vorliegendem Antrag die LHP durch Ergänzung der Kita-Finanzierungsrichtlinie die Verbesserung des Betreuungsschlüssels finanzieren soll. Dies ist durch die LHP finanziell nicht zu realisieren. Auch wenn die Verbesserung des Betreuungsschlüssels aus ihrer Sicht sehr wichtig ist.

Frau Dr. Müller schlägt vor deutlich zu machen, dass der Antrag grundsätzlich befürwortet wird, die Umsetzung aber zurzeit aus finanziellen Gründen nicht möglich ist. Das Anliegen sollte durch den Jugendhilfeausschuss weiter verfolgt werden.

Herr Dünn bittet darum, dass dem Bürger nicht suggeriert werden sollte, dass hier etwas erfolgen könnte.

Frau Müller-Preinesberger empfiehlt, dem Vorschlag der Vorsitzenden zu folgen. Der Jugendhilfeausschuss hat nicht das Recht, Anträge der Bürger umzuformulieren.

Herr Ströber weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss die zusätzlichen Mittel, die gefordert sind, nicht zur Verfügung stellen kann. Deshalb kann der Antrag nur abgelehnt werden.

Herr Liebe kann dem Antrag nicht zustimmen, da ihm keine Deckungsquellen bekannt sind.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über folgenden Vorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Die Umsetzung des Antrages 11/SVV/0821 „Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 7 - Besserer Betreuungsschlüssel für Kitas“ ist zurzeit aus finanziellen Gründen nicht möglich. Das Anliegen wird vom Jugendhilfeausschuss weiter verfolgt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

zu 5.6 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 10 - Kostenloser Nahverkehr bei Ausflügen von Schulen und Kitas

Vorlage: 11/SVV/0824

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Herr Dünn spricht sich für den Antrag aus.

Herr Otto schließt sich dem an.

Herr Lücke macht deutlich, dass es sich hierbei um ein positives Anliegen handelt.

Herr Ströber betont, dass der Antrag aus seiner Sicht auf alle Jugendhilfegruppen erweitert werden sollte.

Frau Schulze wirbt dafür, dem Antrag zuzustimmen.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass Kinder bis zu 6 Jahren kostenfrei mit dem ÖPNV fahren können.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

KITA und Schulen können den ÖPNV für Gruppenausflüge kostenlos nutzen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

zu 5.7 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten

Vorlage: 11/SVV/0825

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Kulturstandort „Archiv“ wird dauerhaft erhalten. Der KIS wird beauftragt, das Gebäude soweit zu sanieren, dass der Brandschutz gesichert ist. Zwischen dem KIS und dem ARCHIV e.v. wird ein langfristiger Nutzungsvertrag abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

zu 5.8 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 21 - 'Westkurve' als Begegnungsort an der Hans-Sachs-Straße planen

Vorlage: 11/SVV/0835

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Sportplatz an der Hans-Sachs-Straße (WESTKURVE) wird saniert und mit einem modernen Tennenbelag ausgestattet.

Der Platz ist von der Landeshauptstadt Potsdam zu warten.

Bei Planung und Sanierung ist davon auszugehen, dass der Sportplatz als öffentlicher Begegnungsort betrieben werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

zu 6 Themenvorschläge für die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses 1. Halbjahr 2012

Die Vorschläge wurden an alle Ausschussmitglieder zusammen mit den Sitzungsunterlagen ausgereicht und wie folgt ergänzt:

23. Februar 2012

- Bericht 2010 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt
- Bericht über Anträge für Förderung „zusätzlicher Sozialarbeit“ an Potsdamer Schulen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes
- **GOrBiKs- Implementierung in Potsdam – Abschlussbericht** (in Vorbereitung auf den Fachtag am 22.03.2012, 9:00 bis 13:00 Uhr)

22. März 2012

- **Sprachförderung in Kitas**
- **Investbedarf bei Jugendklubs**
- **Vorstellung der Arbeit der Stiftung Großes Waisenhaus zu Potsdam**

26. April 2012

- Ergebnisse der Betriebskostenabrechnung freier Träger (Kita)
- Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes

31. Mai 2012

- Ergebnisse der Zwischenevaluation des Jugendhilfeplanes
- Sachstandsbericht zur Umsetzung der Richtlinie zur Finanzierung von Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit gemäß § 74 SGB VIII in der LHP

Weitere Themen, die beraten werden sollen:

- „Lindenpark“-Konzept
- „Ehrenamt“ und „Partizipation“
- Konzept „Treffpunkt Freizeit“
- Sozialarbeit an Potsdamer Schulen (**2. Halbjahr**)

zu 7 Sonstiges

Herr Dünn weist darauf hin, dass am 07.01.2012 auf einer Veranstaltung auf den freiLand-Gelände zu Gewalt aufgerufen worden sein soll. Er hat Herrn Harder bereits informiert, dass Jugendliche, die die Party besucht haben, auf ihn zugegangen sind und berichtet haben, dass es auf der Veranstaltung ein Preisausschreiben gab, bei dem es u.a. als Gewinn „Antifa-Starter-Sets“ gab. Er bittet zu prüfen, was dort vorgefallen ist. Auch Ansätze von Gewaltverherrlichung sollten unbedingt beobachtet werden.

Herr Harder weist darauf hin, dass in dem Fall der „Spartacus“ angeschrieben werden sollte, da er der Veranstalter war.

Frau Dr. Müller schlägt vor, im nächsten Jugendhilfeausschuss dazu im nicht öffentlichen Teil der Sitzung ein Gespräch mit Vertretern des „Spartacus“ e.V. zu führen.

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Nächster Jugendhilfeausschuss: 23. Februar 2012; 16:30 Uhr

**Dr. Sigrid Müller
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra
Schriftführerin**



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

An die Mitglieder

Jugendhilfeausschuss

und nachrichtlich an weitere Teilnehmer
an der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung /
des Ausschusses

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der unten näher bezeichneten Sitzung lade ich freundlichst ein.

Lfd. Nr. / Bezeichnung der Sitzung		
33. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses		
Datum	Uhrzeit	Sitzungsort
19.01.2012	16:30 Uhr	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzende/r



Betreff:

öffentlich

"clubmitte" - Handlungskonzept 2012

Einreicher: FB Kinder, Jugend und Familie

Erstellungsdatum 05.01.2012

Eingang 902: 06.01.2012

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
19.01.2012	Jugendhilfeausschuss		

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

1. Handlungskonzept für die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung „clubmitte“ im Jahre 2012 (gem. **Anlage**).
2. Über den Umsetzungsstand und die -perspektiven des „clubmitte“-Konzeptes am freiLand-Standort erfolgt Ende 2012 eine Sachberichterstattung des Einrichtungsträgers an sowie eine Entscheidung durch den Jugendhilfeausschuss.

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

2012

114.756 € für Personal-, Sach- und pädagogische Kosten (Produktkonto 3660000.5458000)

25.000 € Miet- und Betriebskostenzuschuss (Produktkonto 3660000.5318100).

Die vorgenannten finanziellen Mittel zum Abschluss einer Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarung gemäß DS 09/SVV/0025 sind im Haushaltsplan 2012, vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes, veranschlagt und werden für die Folgejahre im Rahmen der Haushaltsplanung berücksichtigt.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Begründung:

Von der insolvenzbedingten Schließung des Lindenpark-e.V.-Standortes Schloßstraße 13 im April 2008 war neben dem „Spartacus“-Club bzw. e.V. auch der Jugendklub „S 13“ betroffen.

In der Potsdamer Innenstadt konnte kein adäquater Ersatzstandort für eine offene Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung gefunden werden. Am 30.06.2010 musste auch das Provisorium, das als Interimslösung genutzte Objekt in der Berliner Straße 146 geschlossen werden.

Bezug nehmend auf die AJKP-Forderungen vom 25.01.2009 (vgl. Anlage 1 zum „Rahmenkonzept ‚Jugendkultur‘ für die Landeshauptstadt Potsdam“ - DS 09/SVV/0782) war die „Herrichtung eines Domizils für den Jugendklub S13“ zwar ein konstitutiver Bestandteil der „Umsetzung des 10plus-Punkte Planes Jugendsoziokultur / Umsetzung des Projektes ‚freiLAND‘“ (DS 10/SVV/0109).

Allerdings zeigten bereits die „Klub Innenstadt / S 13“-Eröffnung am 13.05.2011, aber stärker noch die folgenden sieben Monate intensiver (Aufbau-) Arbeit, dass der jetzige Standort kein Ersatz für die einstige „S 13“-Klientel darstellen kann, weil diese innerhalb von mehr als dreieinhalb Jahren Klubprovisorium und -obdachlosigkeit schlichtweg abhanden gekommen war bzw. ist.

Insofern ist die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung „clubmitte“ durch ihre Entstehungsgeschichte, Standortentscheidung und -lage auf dem freiLand-Areal kein S-13-Nachfolger, sondern bildet einen konzeptionell-inhaltlichen **Neuanfang mit Experimentalcharakter**, sowohl

- durch die Einbettung in das zunächst zeitlich befristete und vom Umfang her eingeschränkte freiLand-Modellprojekt sowie
- durch den Versuch der Etablierung eines Jugendhilfe-Angebotes in einem Jugendkultur-Kontext mit unterschiedlichen Zielstellungen, Zielgruppen und Arbeitsweisen als auch
- im Schnittpunkt dreier Sozialräume/Regionen und
- mit einer Lage fernab (von Wegen) von bzw. zu den nächsten Bildungseinrichtungen.

Dies betrifft insbesondere auch das Novum, dass das „clubmitte“-Angebot - im Gegensatz zu allen anderen Potsdamer Kinder- und Jugendklubs - sich nicht vornehmlich an junge Menschen eines Sozialraumes richtet, sondern an solche dreier Sozialräume, in deren Schnittpunkt es liegt:

- Sozialraum III: Potsdam West, Innenstadt, Nördliche Vorstädte,
- Sozialraum IV: Babelsberg, Zentrum Ost und
- Sozialraum VI: Schlaatz, Waldstadt I und II, Potsdam Süd.

Das von der Stiftung Sozialpädagogisches Institut Walter May (SPI) vorgelegte Einrichtungskonzept trägt den vorgenannten Umständen inhaltlich Rechnung und ist zudem auf das Jahr 2012 beschränkt. Es wurde mit der Verwaltung des Jugendamtes abgestimmt und findet deren Zustimmung.

Der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss Ende 2012

- eine Anhörung des Einrichtungsträgers SPI zu Umsetzungsstand und -perspektiven des „clubmitte“-Handlungskonzeptes am freiLand-Standort sowie
- eine hieraus resultierende Entscheidung über die Fortsetzung/-schreibung oder Präzisierung des Einrichtungskonzeptes bzw. entsprechende Alternativen.

Anlage

Handlungskonzept 2012



BESCHLUSS
der 33. öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 19.01.2012

"clubmitte" - Handlungskonzept 2012
Vorlage: 12/SVV/0006

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

- 1. Handlungskonzept für die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung „clubmitte“ im Jahre 2012 (gem. Anlage).**
- 2. Über den Umsetzungsstand und die -perspektiven des „clubmitte“-Konzeptes am freiLand-Standort erfolgt Ende 2012 eine Sachberichterstattung des Einrichtungsträgers an sowie eine Entscheidung durch den Jugendhilfeausschuss.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11
Ablehnung: 0

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder des Jugendhilfeausschusses von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Beschluss werden _____ Seiten beigefügt.

Potsdam, den 03. Februar 2012

Spyra
Schriftführerin



Betreff:

öffentlich

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012

Einreicher: Kommunalen Immobilienservice	Erstellungsdatum	24.11.2011
	Eingang 902:	23.11.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunalen Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2012.

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Für die Wirtschaftsjahre sind folgende Überschüsse geplant:

2012	2013	2014	2015
ca. 52.000 €	ca. 75.000 €	ca.85.000 €	ca. 110.000 €

Die geplanten Investitionszuschüsse und die Zahlungen der Landeshauptstadt an den KIS für Mieten und Betriebskosten sind mit dem Entwurf der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam abgestimmt.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Begründung:

Grundlagen zur Aufstellung des Wirtschaftsplanes

Gemäß § 14 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung des Landes Brandenburg - EigV - hat der Eigenbetrieb einen Wirtschaftsplan aufzustellen, der gemäß § 7 Punkt 3 EigV von der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen ist. Der Wirtschaftsplan besteht gemäß § 14 Abs. 1 EigV aus:

- den Festsetzungen
 - a) des Gesamtbetrages der Erträge und Aufwendungen aus dem Erfolgsplan
 - b) der im Finanzplan enthaltenen Mittelzuflüsse und Mittelabflüsse jeweils aus laufender Geschäftstätigkeit, aus Investitionstätigkeit und aus Finanztätigkeit
 - c) des Gesamtbetrages der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen
 - d) des Gesamtbetrages der vorgesehenen Kreditermächtigung
- dem Erfolgsplan
- dem Finanzplan

Darüber hinaus enthält der Wirtschaftsplan gemäß § 14 Abs. 2 EigV folgende Anlagen:

- einen Vorbericht
- eine Übersicht der Verpflichtungsermächtigungen sowie der Ein- und Auszahlungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde auswirken
- eine Stellenübersicht
- eine Übersicht der geplanten Investitionsmaßnahmen
- eine Übersicht über die in Anspruch genommenen Investitionskredite der Vorjahre

Auf dieser Basis wird in der Anlage der Entwurf des Wirtschaftsplanes des KIS für das Wirtschaftsjahr 2012 vorgelegt.

Genehmigungspflichtige Teile des Wirtschaftsplanes

Der Entwurf des Wirtschaftsplans sieht für das Jahr 2012 Kreditaufnahmen i. H. v. 16.712.000 Euro vor. Im Rahmen der Fortführung von Investitionsvorhaben in den Folgejahren sind Verpflichtungsermächtigungen i. H. v. 10.700.000 Euro erforderlich. Weiterhin plant der KIS im Rahmen des laufenden Verfahrens zur brandschutztechnischen und energetischen Sanierung dreier Schulen ein kreditähnliches Geschäft gemäß § 74 Abs. 5 BbgKVerf in max. Höhe von 25 Mio. €. Gemäß §§ 73 - 75 BbgKVerf ist für die Gesamthöhe der Kreditaufnahmen und Verpflichtungsermächtigungen sowie für das kreditähnliche Geschäft eine kommunalrechtliche Genehmigung erforderlich.

Investitionen

Im Jahr 2012 führt der KIS das beschlossene langfristige Investitionsprogramm zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur Potsdams fort. Von den geplanten direkten Investitionsmitteln werden ca. drei Viertel für Sanierungen und Erweiterungen in Schulen und Kitas verwendet. Größte Einzelprojekte sind die Fortführung der Arbeiten zur Sanierung des Campus Kurfürstenstraße, der Ausbau der Stadtteilschule (Grundschule 20) in Drewitz, die Sanierung des Schulerweiterungsbaus in der Haekkelstraße sowie der Beginn des Baus einer weiterführenden Schule im Bornstedter Feld.

Weiterhin ist geplant, drei Potsdamer Schulen brandschutztechnisch und energetisch zu ertüchtigen. Gegenwärtig wird geprüft, ob dies in Form eines ÖPP-Projektes erfolgen kann oder die Realisierung in Eigenregie günstiger ist. Der Start des Projektes soll ebenfalls im Jahr 2012 erfolgen. Die voraussichtlichen Auswirkungen im Falle der Realisierung als ÖPP-Projekt sind im Ergebnis- und Zahlungsplan berücksichtigt. Das kreditähnliche Geschäft ist im Wirtschaftsplan des KIS in seinen Auswirkungen darzustellen, bedarf jedoch eines gesonderten Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung und einer gesonderten Genehmigung der Kommunalaufsicht.

Weiter fortgeführt werden die Arbeiten an den Kulturobjekten Altes Rathaus und Wissensspeicher, die 2012 abgeschlossen werden sollen. Darüber hinaus stehen Investitionsmittel werden für die Sanierung von Verwaltungsgebäuden, Feuerwehren, Sport- und Jugendeinrichtungen zur Verfügung.



Betreff:

öffentlich

Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012

Einreicher: GB Zentrale Steuerung und Service	Erstellungsdatum	17.11.2011
	Eingang 902:	18.11.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012 mit Haushaltsplan und Anlagen wird beschlossen. Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

gemäß Anlage

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4



Betreff:

öffentlich

Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013

Einreicher: GB Zentrale Steuerung und Service	Erstellungsdatum	17.11.2011
	Eingang 902:	18.11.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die mit dem Haushaltsplan 2012 zugleich für das Haushaltsjahr 2013 vorgelegten Planwerte der mittelfristigen Ergebnisplanung sind Grundlage für die Haushaltsplanung der Landeshauptstadt Potsdam für den Haushaltsentwurf 2013. Bei der Aufstellung des Ergebnishaushaltes für das Haushaltsjahr 2013 sind die beigefügten Budgetvorgaben für die Geschäftsbereiche zu Grunde zu legen (Anlage 1).
- Die mit dem Haushaltsplan 2012 zugleich für das Haushaltsjahr 2013 bis 2015 vorgelegten Planwerte der mittelfristigen Investitionsplanung sind Grundlage für die Investitionsplanung 2013.
- Zur notwendigen Absicherung pflichtiger Leistungen können Umschichtungen zwischen den Budgets vorgenommen werden.
- Etwaige Veränderungen bei nichtzahlungswirksamen Erträgen und Aufwendungen gegenüber dem Planungsstand dieses Eckwertebeschlusses ermächtigen nicht zur Planung zusätzlicher zahlungswirksamer Erträge und Aufwendungen.

Fortsetzung Seite 3
Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Bei Einhaltung der vorgeschlagenen Eckwerte für das Haushaltsjahr 2013 beträgt der Jahresfehlbetrag im Ergebnishaushalt 2013 höchstens – ... €. Dieser Wert entspricht der im Rahmen der Haushaltsplanung für 2012 erfolgten mittelfristigen Ergebnisplanung für 2013.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Fortsetzung:

1. Zur Aufrechterhaltung eines möglichst breiten kommunalen Leistungsangebotes sind Ertragsmöglichkeiten in angemessener Weise auszuschöpfen (z. B. durch das Erreichen adäquater Kostendeckungsgrade).
2. Dem beschlossenen Haushaltssicherungskonzept ist zu folgen.



Betreff:

öffentlich

Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015

Einreicher: SB Finanzen und Berichtswesen

Erstellungsdatum 24.11.2011

Eingang 902: 23.11.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Haushaltssicherungskonzept 2012 – 2015 als Bestandteil des Haushaltsplanes 2012.

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Begründung:

siehe Anlage



öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 7 - Besserer Betreuungsschlüssel für Kitas

Einreicher: Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 24.10.2011

Eingang 902: 24.10.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die KITA-Finanzierungsrichtlinie der LH Potsdam wird derart ergänzt, dass den KITA zusätzliche Mittel zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels zur Verfügung gestellt werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung im ersten Halbjahr 2012 hierzu einen Vorschlag vorzulegen.

gez. Schüler

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Platz 7 >> 1315 Punkte

Ich schlage eine Veränderung des Betreuungsschlüssels vor, so dass die Zeit die ein/e Erzieher/in mit pflegerischen und versorgenden Tätigkeiten verbringt nicht die komplette Zeit mit den Kindern verschlingt, sondern eben noch Zeit für pädagogische Arbeiten und Wertschätzung des Kindes und seine Leistungen und Zeit für Bedürfnisbefriedigung der Kinder bleibt. Die Kita ist als Bildungseinrichtung zu sehen und soll gesellschaftliche Differenzen minimieren, dazu ist mehr pädagogisches Personal notwendig, sowie eine umfangreiche finanzielle Ausstattung für eine Umsetzung der Bildungsarbeit und dem Gerechwerden des einzelnen Kindes, durch Ausflüge, Durchführung von Experimenten usw.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2012 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt **1315 Punkte** und erreichte damit **Platz 7**. Er wurde unter dieser Nummer in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2011 der Stadtverordnetenversammlung übergeben. Das Beteiligungskonzept sieht vor, dass im Rahmen der Gremien ein Votum abgegeben wird. Dabei können die Vorschläge in den Fraktionen und Ortsbeiräten erörtert werden. Entscheidungskategorien sind „Annahme“, „Bereits in Umsetzung“, „Prüfauftrag“ oder „Ablehnung“.

Anlage:

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Zuständigkeit für die Festsetzung des Betreuungsschlüssels in Kitas obliegt dem Land Brandenburg.

Jede Erhöhung des Personalschlüssels ist mit Zuwendungen für Personalkosten verbunden, die durch die Landeshauptstadt zusätzlich zu den derzeitigen / aktuellen Kosten bereitzustellen sind. Der Elternbeitrag entspricht dabei nur einem Bruchteil der tatsächlichen Kosten.

Das Land hat vor kurzem den Personalschlüssel positiv verändert. Weitere Veränderungen sind zur Zeit nicht finanzierbar.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten:

Die Verbesserung des Betreuungsschlüssels von 1:7 auf 1:6 im Krippenbereich (0-3 Jahre) und von 1:13 auf 1:12 im Vorschulbereich (3-6 Jahre) zog eine Erhöhung der Folgekosten (zuzüglich zu den jährlich aufgewendeten Mittel von 60 Mill. Euro) von 3,5 Mill. Euro in Form von Mehrzuschüssen der Landeshauptstadt an Freie Träger nach sich.

Umsetzungszeitraum / Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Ja, seit 1.10.2010.

Grundlage der Umsetzung:

Novelle des Kita- Gesetzes des Landes Brandenburg 10/2010 und damit im Zusammenhang stehende Änderung der §§10,16 (Gruppenstärke / Bezuschussung)

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto:

3650200.5317100 „Betreuung von Kindern-freie Träger/Zuschüsse private Unternehmen“ und
3650200.5318100 „Betreuung von Kindern-freie Träger/Zuschüsse an freie Träger und Vereine“

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Entscheidung über eine Veränderung der Personalausstattung in Kitas, einschließlich der damit verbundenen Erhöhung der Zuwendungen an die Kommunen obliegt der Zuständigkeit des Landes Brandenburg.

Eine weitere zusätzliche Erhöhung der vom Land vorgegebenen Personalausstattung in Kitas, auf Initiative und auf Kosten der Landeshauptstadt Potsdam ist unter Beachtung der kommunalen finanziellen Spielräume nicht zu empfehlen.

Da es sich um eine pflichtige Leistung handelt, können Fördermittel, Sponsoring, Projektmittel etc. nicht zur Deckung von Mehraufwendungen herangezogen werden



öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 10 - Kostenloser Nahverkehr bei Ausflügen von Schulen und Kitas

Einreicher: Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 24.10.2011

Eingang 902: 24.10.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

KITA und Schulen können den ÖPNV für Gruppenausflüge kostenlos nutzen.

gez. Schüler

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Platz 10 >> 1046 Punkte

Der kostenlose Nahverkehr soll bei Kita-Gruppen für alle Kinder gelten. Also auch für die Kinder, die schon das 6. Lebensjahr vollendet haben. Die schon sechsjährigen Kinder würden dann bei Ausflügen nicht sagen müssen, sie seien noch 5 Jahre alt, um das Fahrgeld zu sparen. Für Kinder und Erzieher ist es schon aufregend genug, sich auf den Straßenverkehr, den Bus oder die Straßenbahn zu konzentrieren.

Für Erzieher, Lehrer und begleitende Eltern sollte der Nahverkehr bei Ausflügen kostenlos sein. Gerade die begleitenden Eltern kommen freiwillig mit, um die Lehrer und Erzieher bei den Unternehmungen zu unterstützen und sollten dann nicht noch Fahrgeld zahlen müssen.

Alle Lehrer sollten ein Informationsblatt erhalten, auf welche Weise und bei welcher zuständigen Stelle sie kostenlosen Nahverkehr für ihre Schulklassen bei Ausflügen beantragen können. Nicht alle Lehrer sind darüber genügend informiert. Aus eigener Anschauung kann ich berichten, wie mühsam es selbst für erfahrene Klassenlehrer sein kann, in der fahrenden Straßenbahn für einzelne Kinder am Automaten Fahrscheine zu besorgen und ihre Klasse gleichzeitig nicht aus den Augen zu lassen.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2012 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt **1046 Punkte** und erreichte damit **Platz10**. Er wurde unter dieser Nummer in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2011 der Stadtverordnetenversammlung übergeben. Das Beteiligungskonzept sieht vor, dass im Rahmen der Gremien ein Votum abgegeben wird. Dabei können die Vorschläge in den Fraktionen und Ortsbeiräten erörtert werden. Entscheidungskategorien sind „Annahme“, „Bereits in Umsetzung“, „Prüfauftrag“ oder „Ablehnung“.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg geltenden Tarifbestimmungen sind die Grundlage für die Beförderung von Personen im öffentlichen Nahverkehr. In diesem ist die Altersgrenze entsprechend festgelegt. Der Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH (ViP), als städtisches Unternehmen, handelt nach diesen Tarifbestimmungen, geht jedoch genau mit dieser Regelung kulant um. Sechsjährige Kindergartenkinder werden ebenso kostenlos befördert wie die weiteren Gruppenmitglieder unter 6 Jahren. Sozialleistungsempfänger können die Fahrtkostenerstattung für eintägige Ausflüge beim Sozialamt über das Bildungs- und Teilhabepaket beantragen.

Für die kostenlose Beförderung von Schulklassen einschließlich Lehrern und begleitenden Eltern bei Ausflügen gibt es keine rechtliche Grundlage. Zumindest die Lehrer können ihre Aufwendungen bei Ihrem Arbeitgeber (Staatliches Schulamt Brandenburg) über einen Dienstreiseauftrag geltend machen.

Anders verhält sich der Sachverhalt bei der Beförderung für Grundschüler bei Projekt- und Thementagen. An diesen nehmen jedoch keine Eltern teil. Die Schule sichert die Aufsicht ab und nimmt eine entsprechende Benotung der Schüler vor. Projekt- und Thementage sind Unterricht, so dass die notwendigen Fahrtkosten – entsprechend § 110, Absatz II, Punkt 5 des Brandenburgischen Schulgesetzes – finanziert werden. Die Schulen können hierfür die entsprechenden Anträge zur Finanzierung der Beförderung zu Unterrichtsorten außerhalb der Schule an den Fachbereich Bildung und Sport stellen. Nach Prüfung der Anträge stellt der Fachbereich den Schulen die erforderlichen Fahrausweise zur Verfügung. Es besteht die Möglichkeit, die Schulleiter in den jährlichen Schulleitertagungen regelmäßig über diese Möglichkeit zu informieren.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten: -

Umsetzungszeitraum / Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? -

Grundlage der Umsetzung:

Tarif des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg (VBB) sowie Drucksache 11/SVV/0324 „Bildungs- und Teilhabepaket nach dem SGB II und XII“ und § 110, Absatz II, Punkt 5 des Brandenburgischen Schulgesetzes

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto:

241000 5429100 „Aufwendungen für Schülerbeförderung, Schülerspeisen und sonstigen Aufwand für Schüler“



öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten

Einreicher: Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 24.10.2011

Eingang 902: 24.10.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Kulturstandort „Archiv“ wird dauerhaft erhalten. Der KIS wird beauftragt, das Gebäude soweit zu sanieren, dass der Brandschutz gesichert ist. Zwischen dem KIS und dem ARCHIV e.v. wird ein langfristiger Nutzungsvertrag abgeschlossen.

gez. Schüler

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Platz 11 >> 1039 Punkte

Dem Kulturstandort „ARCHIV“, in der Leipziger Straße 60, die Brandschutzsanierung bezahlen und den Kommunalen Immobilien Service beauftragen endlich langfristige Nutzungsverträge mit dem Archiv e.V. abzuschließen!

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2012 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt **1039 Punkte** und erreichte damit **Platz 11**. Er wurde unter dieser Nummer in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2011 der Stadtverordnetenversammlung übergeben. Das Beteiligungskonzept sieht vor, dass im Rahmen der Gremien ein Votum abgegeben wird. Dabei können die Vorschläge in den Fraktionen und Ortsbeiräten erörtert werden. Entscheidungskategorien sind „Annahme“, „Bereits in Umsetzung“, „Prüfauftrag“ oder „Ablehnung“.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Durch die Landeshauptstadt Potsdam wurden für die brandschutztechnische Sanierung des Gebäudes des Archiv e.V. in der Leipziger Straße im Jahr 2010 225.000 Euro zur Verfügung gestellt. Im ersten Quartal 2011 erfolgte die Genehmigung des Bauantrages. Dadurch ist die Voraussetzung gegeben, dass mit der brandschutztechnischen Sanierung des Gebäudes begonnen werden kann. Die letztendlich erteilte Baugenehmigung bildet die Grundlage für die dauerhafte Nutzung des Gebäudes in der Leipziger Straße 60 zu Zwecken des Archiv e.V. Weiterhin stellt die Landeshauptstadt Potsdam weitere 100.000 Euro im Jahr 2011 zur Verfügung.

Die Landeshauptstadt Potsdam wird auch weiterhin gemeinsam mit dem Archiv e.V. und der Arbeitsgruppe Jugend- und Soziokultur an der Umsetzung des Vorschlags arbeiten.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten:

Abhängig von der „Entwurfsunterlage-Bau“

Umsetzungszeitraum: Laufend

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Ja

Grundlage der Umsetzung:

Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto:

2840104.7818000 Einrichtungen Freier Träger, Zuschüsse und Investitionen

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam:

Der Vorschlag befindet sich bereits in der Realisierung.



öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 21 - 'Westkurve' als Begegnungsort an der Hans-Sachs-Straße planen

Einreicher: Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 24.10.2011

Eingang 902: 24.10.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Sportplatz an der Hans-Sachs-Straße (WESTKURVE) wird saniert und mit einem modernen Tennenbelag ausgestattet.

Der Platz ist von der Landeshauptstadt Potsdam zu warten.

Bei Planung und Sanierung ist davon auszugehen, dass der Sportplatz als öffentlicher Begegnungsort betrieben werden soll.

gez. Schüler

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Platz 21 >> 369 Punkte

Der Sportplatz an der Hans-Sachs-Straße (WESTKURVE) wird mit einem modernen TENNENBELAG saniert. Die Pflege und Wartung ist in der Folge abzusichern. Begründung: Der Spiel- und Sportplatz an der Hans-Sachs-Straße hat über die letzten Jahre eine zunehmende Bedeutung und Akzeptanz als Begegnungsort im Stadtteil gefunden. Dank der kontinuierlichen Aktivitäten der Bewohner, die von der Bürgerinitiative WESTKURVE koordiniert werden, wurden deutlich sichtbare Verbesserungen im Spielplatzbereich (mit Unterstützung des Grünflächenamtes) erreicht. Bei der Sanierung der Sportfläche muss der gesamte Platz als öffentlicher Begegnungsort berücksichtigt werden. Schulsportnutzung und Freizeitnutzung stehen in keinem Gegensatz. Die Identifikation der Nutzer mit dem Platz sichert die Erhaltung. Angesichts der vorrangigen Nutzung des Hauptsportfeldes zum Fußballspielen kann dieser Bereich nicht mit einem Kunststoffbelag saniert werden.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2012 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt **369 Punkte** und erreichte damit **Platz 20/21**. Er wurde unter dieser Nummer in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2011 der Stadtverordnetenversammlung übergeben. Das Beteiligungskonzept sieht vor, dass im Rahmen der Gremien ein Votum abgegeben wird. Dabei können die Vorschläge in den Fraktionen und Ortsbeiräten erörtert werden. Entscheidungskategorien sind „Annahme“, „Bereits in Umsetzung“, „Prüfauftrag“ oder „Ablehnung“.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Der Sanierungsbedarf des Sportplatzes Hans-Sachs-Straße ist unstrittig. Im Zusammenhang mit der Sportanlagen-sanierungsplanung und der Auswahl eines geeigneten Sportbodenbelages haben die Stadt und der Kommunale Immobilienservice mehrere Beratungen und Besichtigungstouren ähnlicher Sportanlagen durchgeführt. Es haben Vertreter der Gerhart-Hauptmann-Grundschule, der Käthe-Kollwitz-Oberschule und der Bürgerinitiative Westkurve teilgenommen. Unter anderem wurden der Sportplatz der Voltaire-Gesamtschule, der Turbine-Sportplatz und die Sportanlage Zum Jagenstein besucht.

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 27. Juni 2011 die Ausführung als Tennenfläche beschlossen.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten: Ca. 300.000 Euro

Umsetzungszeitraum / Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Ja, bis 2012

Grundlage der Umsetzung:

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (Drucksache 11/SVV/0444)

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam:

Der Vorschlag befindet sich bereits in der Realisierung.



Niederschrift

33. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 19.01.2012
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	20:00 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	Sitzungsleitung
------------------------	-----------	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	
Herr Claus Wartenberg	SPD	ab 17:00 Uhr
Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU	ab 16:38 Uhr
Frau Frauke Frehse-Sevran	anerkannter freier Träger	
Frau Heiderose Gerber	anerkannter freier Träger	
Herr Dirk Harder	anerkannter freier Träger	ab 16:35 Uhr
Herr Dr. Lutz Henrich	anerkannter freier Träger	bis 19:40 Uhr
Herr Marcel Kankarowitsch	anerkannter freier Träger	
Herr Thomas Liebe	anerkannter freier Träger	
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Kevin Lücke	FDP	

beratende Mitglieder

Frau Karola Linke	Gesundheitsamt
Frau Martina Trauth-Koschnik	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Roland Sima	Kreiselternrat

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesundheit
---------------------------------	----------------------------------------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Jens Gruschka	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Birgit Morgenroth	SPD	entschuldigt
Frau Jutta Busch	SPD	nicht entschuldigt

beratende Mitglieder

Herr Christoph Dährnich	Kath. Kirche	nicht entschuldigt
Frau Renate Michael	Polizeibehörde	entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsportbund	entschuldigt
Frau Christiane Ohlert	Schulamt	entschuldigt
Frau Ganna Razu	Jüd. Gemeinde	nicht entschuldigt
Herr Norbert Schweers		entschuldigt
Herr Jochen Reinke	Evangelische Kirche	nicht entschuldigt
Herr David Driese	Humanistischer Verband Deutschlands	nicht entschuldigt

Gäste:

Herr Joachim Lentz	FB Kinder, Jugend und Familie
Herr Bodo Ströber	stellv. Mitglied des JHA
Frau Helga Hübner	stellv. Mitglied des JHA
Frau Stephanie Pigorsch	Stadtjugendring Potsdam
Frau Cornelia Lunk	„clubmitte“
Frau Silvia Haßmann-Vey	AG Kita nach § 78 SGB VIII
Herr Tinko Jäckel	AKKJ
Herr Bernd Richter	Kommunaler Immobilien Service
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.12.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen des Jugendamtes
- 3 Berichte der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4 Anträge
 - 4.1 "clubmitte" - Handlungskonzept 2012
Vorlage: 12/SVV/0006
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - Haushalt 2012
 - 5.1 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012
Vorlage: 11/SVV/0949
Oberbürgermeister, KIS
 - 5.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: 11/SVV/0906
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
 - 5.3 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013
Vorlage: 11/SVV/0907
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
 - 5.4 Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015
Vorlage: 11/SVV/0948
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
 - 5.5 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 7 - Besserer Betreuungsschlüssel für Kitas
Vorlage: 11/SVV/0821
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
 - 5.6 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 10 - Kostenloser Nahverkehr bei Ausflügen von Schulen und Kitas
Vorlage: 11/SVV/0824
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
 - 5.7 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten
Vorlage: 11/SVV/0825
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

- 5.8 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 21
- 'Westkurve' als Begegnungsort an der Hans-Sachs-Straße planen
Vorlage: 11/SVV/0835
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 6 Themenvorschläge für die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses
1. Halbjahr 2012
- 7 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Sigrid Müller.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.12.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Müller stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Abstimmung zur Niederschrift vom 15.12.2011

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0

Abstimmung zur Tagesordnung:

Frau Dr. Müller schlägt vor, den TOP 6.1, Handlungskonzept 2012 - "clubmitte" (DS 12/SVV/0006) vorzuziehen und nach Tagesordnungspunkt 3 zu behandeln. Des Weiteren hat der Kommunale Immobilienservice darum gebeten, die DS 11/SVV/0949 „Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012“ vorzuziehen und als ersten Tagesordnungspunkt zum Haushalt 2012 zu behandeln.

Sie bittet um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10
Ablehnung: 0

zu 2 Informationen des Jugendamtes

Kinderforum

Frau Pigorsch (Stadtjugendring Potsdam) informiert über das 5. Potsdamer Kinderforum, das am 17.01.2012 im Plenarsaal des Stadthauses stattgefunden hat. Fast 90 Kinder sowie Vertreter der Verwaltung haben am Kinderforum teilgenommen. Sie gibt anhand von Fotos einen Überblick über die Veranstaltung.

Im Vorfeld des nächsten Forum soll geprüft werden, wie viele Vereinbarungen auf dem 5. Kinderforum getroffen und welche davon umgesetzt sind.

Frau Dr. Müller dankt Frau Pigorsch und Frau Neels für die gute Vorbereitung der aus ihrer Sicht sehr gelungenen Veranstaltung.

Herr Otto findet, dass das Kinderforum eine sehr gute Form der Beteiligung von Kindern darstellt.

Frau Müller-Preinesberger fand die Veranstaltung ebenfalls sehr gelungen. Sie fragt, ob es von Seiten der Kinder bereits Rückmeldungen gab, wie diese die Veranstaltung erlebt haben.

Frau Pigorsch erklärt, dass die Rückmeldungen, die sie bisher bekommen hat, durchweg positiv waren. Es wird aber noch eine Abfrage geben. Es ist auch geplant, eine Rückmeldung an die Verwaltung zu geben.

Herr Dr. Henrich bietet an, wenn Ideen der Kinder zur Schwimmhalle zusammengestellt werden würden, diese mit in die Schwimmbad-Diskussion einzubringen.

zu 3 Berichte der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

Regional AG 1

Herr Liebe teilt mit, dass die Regional AG 1 Kritik am Stillstand des Projektes „Montelino“ übt. Er bittet dazu um eine Information in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Herr Liebe informiert über die Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung vom 10.01.2012.

Er dankt dem „freiLand“-Team für die sehr gelungene JHA-Sitzung am 15.12.2011 auf dem „freiLand“-Gelände.

Anschließend informiert er, dass wie verabredet, ein Angebot an alle Fraktionen zur Erörterung der Kita-Finanzierungsrichtlinie per E-Mail gesandt wurde. Die Fraktionen DIE LINKE und SPD haben sofort inhaltlich geantwortet. Die Fraktion DIE LINKE hat eine ausführliche schriftliche Stellungnahme abgegeben, dass das Anliegen des Jugendhilfeausschusses unterstützt wird. Mit der Geschäftsführerin der FDP-Fraktion hat es am 11.01.2012 ein telefonisches Gespräch gegeben. In der SPD-Fraktion waren Herr Liebe und Frau Stobbe. Ein Feedback konnte nicht mitgenommen werden.

Der Unterausschuss hat einen Verfahrensvorschlag zur weiteren Entwicklung des Systems Sozialarbeit an Schulen/Schulsozialarbeit erarbeitet, der an alle JHA-Mitglieder als Tischvorlage ausgereicht wurde. Herr Liebe erläutert kurz das vorliegende Papier.

In der nächsten Sitzung des Unterausschusses soll ein Gedankenaustausch zur Partizipation erfolgen.

Herr Lücke signalisiert, dass die FDP-Fraktion zur Kita-Finanzierungsrichtlinie ein positives Votum abgegeben wird.

Herr Otto nimmt Bezug auf den ausgereichten Verfahrensvorschlag zur weiteren Entwicklung des Systems Sozialarbeit an Schulen und gibt zu bedenken, ob es sinnvoll ist, zwei getrennte Workshops (Schule und Jugendhilfe) zur Klärung der Ziele und Möglichkeiten durchzuführen.

Frau Schulze unterstützt den Vorschlag des Unterausschusses. Sie bittet den Unterausschuss, schnell die Finanzierung der externen Moderation zu klären, da diese nicht ausschließlich aus dem Jugendhilfebereich erfolgen soll.

Frau Müller-Preinesberger fragt, ob der Bereich Schule den vorliegenden Vorschlag des Unterausschusses kennt.

Herr Liebe verneint dies.

Frau Müller-Preinesberger spricht sich dafür aus, dem Vorschlag des Unterausschusses zu folgen, damit dies auch von beiden Systempartnern getragen wird. Es sollte dann auch finanziell von beiden Partnern getragen werden.

Herr Ströber fragt, ob es sinnvoll ist, das MBS und die Fachhochschule einzubinden. Auch Frau Dr. Magdowski sollte dafür sensibilisiert werden.

Herr Harder regt an, auch den Kreisschülerrat einzubeziehen.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass bereits angedacht war, den Kreisschülerrat einzubeziehen. Dies ist aber schwierig, aufgrund der relativ schnellen Rotation der Mitglieder.

Frau Müller-Preinesberger bietet an, den Verfahrensvorschlag mit Frau Dr. Magdowski zu besprechen. Frau Dr. Müller sollte sich diesbezüglich mit Herrn Schröder als Vorsitzenden des Ausschusses für Bildung und Sport in Verbindung zu setzen.

Der Kontakt zum Staatlichen Schulamt sollte gemeinsam durch Frau Müller-Preinesberger und Frau Dr. Magdowski aufgenommen werden.

AKKJ

Frau Lunk weist darauf hin, dass die Homepage des AKKJ (<http://www.akkj-potsdam.de/>) jetzt fertig gestellt ist und am 26.01.2012; 11:00 Uhr im Jugendamt, Zimmer 318 vorgestellt wird. Außerdem wurde ein Flyer entwickelt, der an Multiplikatoren ausgereicht werden soll.

AG Kita

Frau Haßmann-Vey informiert, dass die Arbeit der AG Kita heute aufgenommen

wurde. Die Kita-Finanzierungsrichtlinie wurde beraten. Zur Sprachförderung in Kitas wird Ende Februar 2012 eine Auswertung erfolgen, die dann dem JHA vorgestellt werden soll.

zu 4 **Anträge**

zu 4.1 **"clubmitte" - Handlungskonzept 2012**

Vorlage: 12/SVV/0006

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Frau Lunk („clubmitte“) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung in Trägerschaft der Stiftung Sozialpädagogisches Institut (SPI) vor und macht dabei deutlich, dass die „clubmitte“ kein Nachfolger des geschlossenen „S 13“-Klubs in der Schloßstraße ist. Hierbei handelt es sich um einen konzeptionellen Neuanfang mit Experimentalcharakter.

Anschließend stellt sie anhand von Eckpunkten das Handlungskonzept sowie die Angebote vor.

Herr Otto fragt, ob auch aufsuchende Arbeit in Richtung Hauptbahnhof erfolgen soll. Er fragt, ob überlegt wird, ein Skater-Zelt auf dem „freiLand“-Gelände einzurichten:

Frau Lunk erklärt, dass die Asphaltfläche auf dem Gelände nicht so geschaffen ist, dass dort eine Skaterfläche eingerichtet werden könnte. Es werden aber auch weiterhin Skater-Projekte auf dem Bassinplatz angeboten.

In Kooperation mit den Streetworkern ist auch geplant, in Richtung Hauptbahnhof oder Freundschaftsinsel bzw. Bassinplatz zu gehen.

Herr Liebe fragt, ob es im ehrenamtlichen Team auch männliche Unterstützung gibt.

Frau Lunk antwortet darauf, dass der Skater-Bereich und der Graffiti-Bereich fast ausschließlich durch Jungen und junge Männer besetzt sind. Hier wird auf ältere Jugendliche aus den jeweiligen Sparten zurückgegriffen.

Herr Ströber fragt, ob den Schulen Kosten entstehen, wenn dort Projekte durchgeführt werden.

Frau Lunk weist darauf hin, dass dies während der Arbeitszeit erfolgt, und damit keine weiteren Kosten entstehen. Bei größeren Projekten wird dann jeweils geprüft, wie die Finanzierung erfolgen soll.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

1. Handlungskonzept für die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung „clubmitte“ im Jahre 2012 (gem. **Anlage**).
2. Über den Umsetzungsstand und die -perspektiven des „clubmitte“-Konzeptes am freiLand-Standort erfolgt Ende 2012 eine Sachberichterstattung des Einrichtungsträgers an sowie eine Entscheidung durch den Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11
Ablehnung: 0

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - Haushalt 2012

zu 5.1 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012

Vorlage: 11/SVV/0949

Oberbürgermeister, KIS

Herr Richter (KIS) bringt die Drucksache ein und erläutert diese. Er weist darauf hin, dass es keine wesentlichen Änderungen gibt. Die Investitionen für Jugendklubs wurden in Abstimmung mit dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie von 800.000 Euro auf 400.000 Euro gekürzt. Davon waren ursprünglich 300.000 Euro für die Sanierung des Jugendklubs „Ribbeckeck“ eingeplant. Diese werden aufgrund des Neubaus durch den Entwicklungsträger im Bornstedter Feld dafür nicht mehr benötigt und sollen für die Sanierung des „Archivs“ eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang verweist er auf den Beschluss der StVV zum Erhalt des „Archivs“.

Herr Liebe kritisiert die Kürzung und fragt, ob es keine andere Möglichkeit der Finanzierung der Sanierung des „Archivs“ gab.

Herr Lentz erklärt, dass es keine andere Alternative gibt, um die Maßnahme fertigzustellen.

Frau Dr. Müller betont, dass der Erhalt des „Archivs“ aus ihrer Sicht sehr wichtig ist. Sie macht aber deutlich, dass es sich hier nicht um eine Jugendeinrichtung handelt. Die Erhaltung des „Archivs“ sollte nicht auf Kosten der Jugendklubs erfolgen.

Frau Müller-Preinesberger stellt richtig, dass sich die Verwaltung auch für die Investitionen in die Jugendklubs stark macht. Hierbei handelt es sich um Mittel, die für die Sanierung des „Ribbeckeck“ eingeplant waren und aufgrund des Neubaus im Bornstedter Feld nicht benötigt werden. Sie macht auch deutlich, dass Soziokultur ist nach wie vor nicht klar dem Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport zugeordnet ist. Um den Beschluss zum Erhalt des „Archivs“ umzusetzen, wurde diese Lösung gefunden.

Herr Richter weist darauf hin, dass der Entwicklungsträger Bornstedter Feld den Jugendklub im Bornstedter Feld baut und finanziert.

Herr Ströber bittet, dass dann auch z.B. vor dem Ausschuss für Bildung und Sport sowie dem Kulturausschuss kommuniziert wird, dass dies der Anteil des Jugendamtes zum Erhalt des „Archivs“ ist.

Herr Kankarowitsch macht darauf aufmerksam, dass einige Sanierungsmaßnahmen von Kindertagesstätten in Trägerschaft des Diakonischen Werkes Potsdam nicht im Wirtschaftsplan enthalten sind. Z.B. bei der Kita im Hubertusdamm ist nicht die Summe ausgewiesen, die für die Maßnahme erforderlich ist.

Herr Richter weist darauf hin, dass die offenen Investitionen in einer gesonderten Drucksache dargestellt sind und nicht im Wirtschaftsplan aufgeführt wurden.

Herr Liebe betont, dass er die Sanierung des „Archivs“ durchaus unterstützt. Er

äußert aber die Befürchtungen, dass die Mittel ggf. nicht zur Verfügung stehen, wenn im Kita-Bereich oder einem der Jugendklubs für fehlenden Brandschutz oder andere Maßnahmen Mittel benötigt werden.

Herr Richter macht deutlich, dass der bauliche Zustand der Jugendklubs nicht der ist, den sich alle Beteiligten wünschen. Insofern hat man sich auf bestimmte Prioritäten geeinigt.

Frau Dr. Müller fragt, was geschieht, wenn die Schließung eines Jugendklubs droht.

Herr Richter erklärt, dass dann zu Lasten anderer Maßnahmen eine Lösung gefunden werden muss.

Frau Müller-Preinesberger ergänzt, dass die Mittel für Investitionen nur sehr gering sind, was dazu führt, dass es Verschiebungen geben kann. Dies ist so im Zusammenhang mit dem „Ribbeckeck“ und dem „Archiv“ innerhalb der Verwaltung kommuniziert und erfolgt.

Diese Mittel werden nicht bei anderen Jugendklubs eingespart, sondern werden für die Sanierung des „Ribbeckecks“ nicht mehr benötigt.

Herr Otto fragt, wie mit der vorliegenden Drucksache umgegangen werden soll.

Frau Dr. Müller regt an, sich darüber zu verständigen, ob in einem haushaltsbegleitenden Beschluss der Oberbürgermeister aufgefordert werden soll, die Realisierung der Sanierung der Jugendklubs bis zu einem zu vereinbarenden Termin vorzustellen.

Herr Richter erklärt sich bereit, dies im März 2012 dem Jugendhilfeausschuss auch ohne Beschluss vorzustellen.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2012.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

Dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012 für den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie wird zugestimmt.

zu 5.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012

Vorlage: 11/SVV/0906

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Frau Dr. Müller informiert, dass darum gebeten wird, die Voten zum Haushalt bis zum 08.02.2012 an den Servicebereich Finanzen und Berichtswesen zu geben, da diese mit den Unterlagen zur Februar-Sitzung des Finanzausschusses ausgereicht werden sollen. Sie schlägt vor, in der heutigen Sitzung über die Haushaltsdrucksachen abzustimmen, da sonst eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses zum Haushalt 2012 erforderlich wäre.

Sie dankt Herrn Lenz und den Mitarbeiterinnen seines Bereichs für die sehr

übersichtliche Aufbereitung der Haushaltsunterlagen.

Herr Lentz gibt anhand einer Folie einen Überblick über die Produkte des FB Kinder, Jugend und Familie sowie die beiden Deckungskreise und gibt Erläuterungen dazu. Anschließend geht er auf den Investitionshaushalt ein und erläutert diesen.

Herr Kankarowitsch merkt an, dass der kommunale Zuschuss pro Tagespflegeplatz und Jahr 6.579,90 Euro beträgt. Der kommunale Zuschuss pro Platz und Jahr für Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft beträgt 4.785 Euro. Er stellt fest, dass der kommunale Zuschuss für einen Kita-Platz nur zwei Drittel eines Tagespflegeplatzes beträgt.

Herr Lentz kann dazu spontan keine Antwort geben. Es gab bereits an anderen Beispielen Unstimmigkeiten, die derzeit geprüft werden, er selbst zweifelt diese Aussage an, da dies nicht dem entspricht, was dafür ausgegeben wird.

Des Weiteren verweist Herr Kankarowitsch auf das Produkt Adoptionsvermittlung. Hier gibt es bei der Produktbeschreibung einen Kostendeckungsgrad der Kennzahlen von 197 %. Damit wird mehr eingenommen als ausgegeben.

Herr Lentz merkt an, dass die zentrale Kostenleistungsrechnung dies erstellt hat. Er sagt zu, zu prüfen, wo diese Fehler liegen. Entscheidend ist, was im Haushalt zur Verfügung steht.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass ein gewisser Zuwachs an Fällen geplant wird. Die Kennzahl muss daraufhin erarbeitet werden. Sie bittet, sich darauf zu orientieren, was im Haushalt eingestellt ist und nicht vordergründig an Kennzahlen.

Bei der Planung muss von Erfahrungswerten umgegangen werden. Die Entwicklung der Kennzahlen durch die Kämmerei ist für sie nicht nachvollziehbar. Sie wird dies an die Kämmerei herantragen.

Herr Otto verweist auf die Steigerung der Zahl der Kinder um 4 %. Dagegen steht eine Steigerung von 2,6 % bei den Kosten.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass die Erarbeitung der Kita-Finanzierungsrichtlinie im Haushaltsplan enthalten ist.

Sie teilt mit, dass der Kämmerer sie beauftragt hat den Jugendhilfeausschuss zu informieren, dass seine Auffassung aus dem Finanzausschuss 14.12.2011 zur Kita-Finanzierungsrichtlinie so nicht gemeint war. Man wollte nicht hinter die Beschlusslage zurückgehen, die bereits mit dem Haushalt 2011 beschlossen wurde. Er wird in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses vorschlagen, dass der Finanzausschuss im Rahmen der Haushaltsabstimmung die Kita-Finanzierungsrichtlinie in der bisher gültigen Fassung inklusive Vesper und Frühstück sowie Qualitätsparameter Stufe 1 (Eingewöhnung) zum Beschluss empfiehlt.

Frau Frehse-Sevran fragt, ob sie mit Zustimmung des Haushaltes 2012 der Kita-Finanzierungsrichtlinie widersprechen würde.

Frau Müller-Preinesberger schlägt vor, einen haushaltsbegleitenden Beschluss zu fassen.

Herr Liebe gibt zu bedenken, dass der Jugendhilfeausschuss in der Pflicht wäre,

die Kappungsgrenze in der Elternbeitragsordnung für Tagespflege aufzuheben, um für Tagespflege die Erlöse zu erhöhen.

Frau Müller-Preinsberger macht deutlich, dass mit Beschluss der Haushaltssatzung nicht die Kita-Finanzierungsrichtlinie beschlossen wird. Zum Thema Kita-Finanzierungsrichtlinie sollte der Jugendhilfeausschuss eine klare Position beziehen.

Sie warnt davor, die Elternbeitragsordnung anzupassen. Aus ihrer Sicht ist das gestaffelte System der Elternbeitragsordnung relativ gerecht. Nur allein der Teilbereich Tagespflege kann durch die Verwaltung nicht angepasst werden. Hierzu müsste ein Beschluss der StVV herbei geführt werden.

Herr Otto schlägt vor, den Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom November 2011 zur Kita-Finanzierungsrichtlinie zu bekräftigen.

Frau Dr. Müller empfiehlt, dass der Jugendhilfeausschuss bei der Maximalforderung bezüglich der Qualitätsparameter bleiben sollte.

Sie schlägt vor, den Beschluss zur Kita-Finanzierungsrichtlinie als haushaltsbegleitenden Beschluss zu fassen.

Ergänzungsantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge als Finanzierungsregelung für die Kitas in der Landeshauptstadt Potsdam für 2012 beschließen:

1. eine Beibehaltung der bestehenden Richtlinie unter Einbeziehung der Finanzierung der Qualitätsparameter
 - Eingewöhnungspauschale in Höhe von 150,00 Euro pro Kind
 - Leitungspauschale von 10 % pro pädagogische Leitungsfreistellung
 - spezialfachliche Fortbildung des päd. Personals
2. die Einführung der zusätzlichen Finanzierung für die Versorgungsleistungen Frühstück und Vesper in Höhe von 75,00 EUR pro Kind und Jahr insgesamt gemäß Kitagesetz des Landes Brandenburg.
3. Für das Jahr 2013 ff. soll im Jahr 2012 eine völlig neue Richtlinie erarbeitet und verhandelt werden. Ziel dabei soll es sein, eine differenzierte Festbetragsfinanzierung je Leistung zu erlangen und somit Planungssicherheit für die Landeshauptstadt Potsdam wie für die Träger herzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012 mit Haushaltsplan und Anlagen wird beschlossen. Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

+ Ergänzungsantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge als Finanzierungsregelung für die Kitas in der Landeshauptstadt Potsdam für 2012 beschließen:

1. eine Beibehaltung der bestehenden Richtlinie unter Einbeziehung der Finanzierung der Qualitätsparameter
 - Eingewöhnungspauschale in Höhe von 150,00 Euro pro Kind
 - Leitungspauschale von 10 % pro pädagogische Leitungsfreistellung

- spezialfachliche Fortbildung des päd. Personals
- 2. die Einführung der zusätzlichen Finanzierung für die Versorgungsleistungen Frühstück und Vesper in Höhe von 75,00 EUR pro Kind und Jahr insgesamt gemäß Kitagesetz des Landes Brandenburg.
- 3. Für das Jahr 2013 ff. soll im Jahr 2012 eine völlig neue Richtlinie erarbeitet und verhandelt werden. Ziel dabei soll es sein, eine differenzierte Festbetragsfinanzierung je Leistung zu erlangen und somit Planungssicherheit für die Landeshauptstadt Potsdam wie für die Träger herzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Dem so ergänzten Haushalt 2012 für den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie wird zugestimmt.

zu 5.3 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013

Vorlage: 11/SVV/0907

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Frau Dr. Müller schlägt vor, den Eckwertebeschluss lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.4 Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015

Vorlage: 11/SVV/0948

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Herr Lentz (FB Kinder, Jugend und Familie) weist darauf hin, dass im HSK vier Vorschläge den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie betreffen. Diese Vorgaben werden bearbeitet und befinden sich in der Umsetzung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Das Haushaltssicherungskonzept 2012 – 2015 als Bestandteil des Haushaltsplanes 2012.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Dem Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015 für den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie wird zugestimmt.

zu 5.5 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 7 - Besserer Betreuungsschlüssel für Kitas

Vorlage: 11/SVV/0821

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Herr Otto regt an, den Antrag zum Anlass zu nehmen und erneut an das Land heranzutreten.

Frau Dr. Müller schlägt vor, deutlich zu machen, dass der Jugendhilfeausschuss den Vorschlag begrüßt, ihn aber wegen Nichtzuständigkeit der LHP zurückweisen muss.

Herr Kankarowitsch macht deutlich, dass eine freiwillige Finanzierung der Erhöhung des Betreuungsschlüssels durch die LHP oder auch durch die Eltern erfolgen kann.

Frau Müller-Preinesberger macht darauf aufmerksam, dass laut vorliegendem Antrag die LHP durch Ergänzung der Kita-Finanzierungsrichtlinie die Verbesserung des Betreuungsschlüssels finanzieren soll. Dies ist durch die LHP finanziell nicht zu realisieren. Auch wenn die Verbesserung des Betreuungsschlüssels aus ihrer Sicht sehr wichtig ist.

Frau Dr. Müller schlägt vor deutlich zu machen, dass der Antrag grundsätzlich befürwortet wird, die Umsetzung aber zurzeit aus finanziellen Gründen nicht möglich ist. Das Anliegen sollte durch den Jugendhilfeausschuss weiter verfolgt werden.

Herr Dünn bittet darum, dass dem Bürger nicht suggeriert werden sollte, dass hier etwas erfolgen könnte.

Frau Müller-Preinesberger empfiehlt, dem Vorschlag der Vorsitzenden zu folgen. Der Jugendhilfeausschuss hat nicht das Recht, Anträge der Bürger umzuformulieren.

Herr Ströber weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss die zusätzlichen Mittel, die gefordert sind, nicht zur Verfügung stellen kann. Deshalb kann der Antrag nur abgelehnt werden.

Herr Liebe kann dem Antrag nicht zustimmen, da ihm keine Deckungsquellen bekannt sind.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über folgenden Vorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Die Umsetzung des Antrages 11/SVV/0821 „Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 7 - Besserer Betreuungsschlüssel für Kitas“ ist zurzeit aus finanziellen Gründen nicht möglich. Das Anliegen wird vom Jugendhilfeausschuss weiter verfolgt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11
Ablehnung: 0

zu 5.6 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 10 - Kostenloser Nahverkehr bei Ausflügen von Schulen und Kitas
Vorlage: 11/SVV/0824
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Herr Dünn spricht sich für den Antrag aus.

Herr Otto schließt sich dem an.

Herr Lücke macht deutlich, dass es sich hierbei um ein positives Anliegen handelt.

Herr Ströber betont, dass der Antrag aus seiner Sicht auf alle Jugendhilfegruppen erweitert werden sollte.

Frau Schulze wirbt dafür, dem Antrag zuzustimmen.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass Kinder bis zu 6 Jahren kostenfrei mit dem ÖPNV fahren können.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

KITA und Schulen können den ÖPNV für Gruppenausflüge kostenlos nutzen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

zu 5.7 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten

Vorlage: 11/SVV/0825

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Kulturstandort „Archiv“ wird dauerhaft erhalten. Der KIS wird beauftragt, das Gebäude soweit zu sanieren, dass der Brandschutz gesichert ist. Zwischen dem KIS und dem ARCHIV e.v. wird ein langfristiger Nutzungsvertrag abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

zu 5.8 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 21 - 'Westkurve' als Begegnungsort an der Hans-Sachs-Straße planen

Vorlage: 11/SVV/0835

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Sportplatz an der Hans-Sachs-Straße (WESTKURVE) wird saniert und mit einem modernen Tennenbelag ausgestattet.

Der Platz ist von der Landeshauptstadt Potsdam zu warten.

Bei Planung und Sanierung ist davon auszugehen, dass der Sportplatz als öffentlicher Begegnungsort betrieben werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0

zu 6 Themenvorschläge für die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses 1. Halbjahr 2012

Die Vorschläge wurden an alle Ausschussmitglieder zusammen mit den Sitzungsunterlagen ausgereicht und wie folgt ergänzt:

23. Februar 2012

- Bericht 2010 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt
- Bericht über Anträge für Förderung „zusätzlicher Sozialarbeit“ an Potsdamer Schulen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes
- **GORBiKs- Implementierung in Potsdam – Abschlussbericht (in Vorbereitung auf den Fachtag am 22.03.2012, 9:00 bis 13:00 Uhr)**

22. März 2012

- **Sprachförderung in Kitas**
- **Investbedarf bei Jugendklubs**
- **Vorstellung der Arbeit der Stiftung Großes Waisenhaus zu Potsdam**

26. April 2012

- Ergebnisse der Betriebskostenabrechnung freier Träger (Kita)
- Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes

31. Mai 2012

- Ergebnisse der Zwischenevaluation des Jugendhilfeplanes
- Sachstandsbericht zur Umsetzung der Richtlinie zur Finanzierung von Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit gemäß § 74 SGB VIII in der LHP

Weitere Themen, die beraten werden sollen:

- „Lindenpark“-Konzept
- „Ehrenamt“ und „Partizipation“
- Konzept „Treffpunkt Freizeit“
- Sozialarbeit an Potsdamer Schulen (**2. Halbjahr**)

zu 7 Sonstiges

Herr Dünn weist darauf hin, dass am 07.01.2012 auf einer Veranstaltung auf den freiLand-Gelände zu Gewalt aufgerufen worden sein soll. Er hat Herrn Harder bereits informiert, dass Jugendliche, die die Party besucht haben, auf ihn zugegangen sind und berichtet haben, dass es auf der Veranstaltung ein Preisausschreiben gab, bei dem es u.a. als Gewinn „Antifa-Starter-Sets“ gab. Er bittet zu prüfen, was dort vorgefallen ist. Auch Ansätze von Gewaltverherrlichung sollten unbedingt beobachtet werden.

Herr Harder weist darauf hin, dass in dem Fall der „Spartacus“ angeschrieben werden sollte, da er der Veranstalter war.

Frau Dr. Müller schlägt vor, im nächsten Jugendhilfeausschuss dazu im nicht

öffentlichen Teil der Sitzung ein Gespräch mit Vertretern des „Spartacus“ e.V. zu führen.

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Nächster Jugendhilfeausschuss: 23. Februar 2012; 16:30 Uhr

Dr. Sigrid Müller
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin

**Landeshauptstadt Potsdam
Stadtverordnetenversammlung**

Anwesenheitsliste

Gremium Jugendhilfeausschuss	Sitzungstag 19.01.2012	Sitzungs-Nr. 0001/JHA/12	Sitzungsdauer: von - bis 16:30 Uhr
---------------------------------	---------------------------	-----------------------------	------------------------------------------------------------

Sitzungsleitung:	
------------------	--

Name, Vorname	Fraktion	anwesend: von - bis	Unterschrift
---------------	----------	------------------------	--------------

Ausschussvorsitzender

Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE		
------------------------	-----------	--	--

Ausschussmitglieder

Herr Jens Gruschka	DIE LINKE		
Frau Jana Schulze	DIE LINKE		
Frau Birgit Morgenroth	SPD		
Herr Claus Wartenberg	SPD		
Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU		
Frau Frauke Frehse-Sevran	anerkannter freier Träger		
Frau Heiderose Gerber	anerkannter freier Träger		
Herr Dirk Harder	anerkannter freier Träger		
Herr Dr. Lutz Henrich	anerkannter freier Träger		
Herr Marcel Kankarowitsch	anerkannter freier Träger		
Herr Thomas Liebe	anerkannter freier Träger		

Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen		
Herr Jürgen Reinke	Evangelische Kirche		

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE		
Frau Heike Judacz	SPD		
Frau Hannelore Knoblich	SPD		
Frau Marianne Köhler			
Frau Helga Hübner	anerkannter freier Träger		
Frau Christine Krüger	CDU/ANW		
Herr Lutz Küken	anerkannter freier Träger		
Herr Thomas Lettow	anerkannter freier Träger		
Herr Rüdiger Schmolke	anerkannter freier Träger		
Herr Bodo Ströber	anerkannter freier Träger		
Herr Christian Traeger	anerkannter freier Träger		

Fraktion Die LINKE

Herr Moritz Kirchner	DIE LINKE		
----------------------	-----------	--	--

beratende Mitglieder

Herr Christoph Dährich	Kath. Kirche		
Frau Karola Linke	Gesundheitsamt		
Herr Torsten Messerschmidt	Kreiselternrat		
Frau Renate Michael	Polizeibehörde		
Herr Steffen Müller	Stadtsporthund		
Frau Christiane Ohlert	Schulamt		
Frau Ganna Razu	Jüd. Gemeinde		

Herr Norbert Schweers			
-----------------------	--	--	--

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Soziales, Jugend, Ge sundheit		
---------------------------------	--------------------------------------------------	--	--

Frau Martina Trauth-Koschnik			
Herr Maximilian Dalichow	DIE LINKE		
Frau Birgit Eifler	Grüne/B90		
Herr Kevin Lücke	FDP		
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis		
Frau Jutta Busch	SPD		
Herr Michael Aßmann	Migrantenbeirat		
HVD Potsdam Driese, David	Humanistischer Verband Deutschlands		